

Weilburger Tageblatt.

(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Landesblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahnkreises gehalten

Bezugspreis: Erscheint an jedem Freitag und kostet abgeholt monatlich 86 Pfg., bei unseren Auszählern monatlich 96 Pfg., vierteljährlich durch die Post ohne Bestellgeld 2.85.

Verantwortlicher Schriftleiter: J. B. Albert Pfeiffer, Weilburg.
Druck und Verlag: G. Zipper, G. m. b. H., Weilburg.
Telephon Nr. 24.

Inserate: die einspaltige Garmondzeile 20 Pfg., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseraten-Aannahme: Kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tagsvorher.

Nr. 266.

Mittwoch, den 13. November 1918.

57. Jahrgang.

Der Kronprinz des Deutschen Reiches erschossen.

Die Bewegung im Reich.

St. 10. Novbr. Hier hat sich kein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der dem Bahnhof besetzt hält und die Geschäfte der Stadtverwaltung und des Landratsamtes übernommen hat. Die Übergabe vollzog sich reibungslos. Heute mittag 12 Uhr wird in sämtlichen hiesigen Betrieben die Arbeit niedergelegt. Im Stadtpark findet eine Volkskundgebung statt, woran sich ein Demonstrationszug durch die Stadt anschließen soll. Infolge Einschränkung der Rüstungsbetriebe in den Fabrikwerken sind heute die dort seit mehr als Jahresfrist beschäftigten polnischen Arbeiter entlassen und sofort nach Polen zurückbefördert worden. Auch viele deutsche Arbeiter, die von auswärts nach hier zur Arbeit kamen, stehen vor der Entlassung. Auch die Heimbeförderung der belgischen Arbeiter und Arbeiterinnen steht unmittelbar bevor.

Frankfurt a. M., 12. Novbr. (Z. U.) Dank der energischen Maßnahmen, die der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat ergriffen hat, verliefen auch die beiden verflochtenen Nächte ruhig und ordnungsgemäß. Überall liegt sich die Bevölkerung den Anordnungen des Soldatenrates auf das Bereitwilligste.

Darmstadt, 11. Novbr. Die seitherige Regierung hat ihren Rücktritt in folgender Erklärung ausgesprochen: Nachdem unsere Ämter von den Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates in Besitz genommen sind, ist es uns unmöglich, unsere Dienstgeschäfte weiterzuführen. Beim Verlassen des Amtes sprechen wir allen uns unterstellten Behörden und Beamten unseren aufrichtigsten und warmsten Dank für die treue Pflichterfüllung aus, die sie stets bewiesen haben und mit der sie insbesondere während der Kriegszeit den verstärkten Anforderungen des Dienstes nachgekommen sind. Wir halten uns aber zugleich für verpflichtet, im Interesse unseres geliebten Vaterlandes und der Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land alle Behörden und Beamten darauf hinzuweisen, daß sie so, wie sie seither mit unseren Personen der Sache des Vaterlandes gedient haben, auch in Zukunft ihre ganze Kraft dem Staate zur Verfügung stellen.

Darmstadt, den 11. November 1918.

v. Ewald, Staatsminister und Minister der Justiz.
v. Hammer, Minister des Innern.
Dr. Becker, Minister der Finanzen.

Darmstadt, 11. Novbr. Das Staatsministerium sowie das Ministerium des Innern der neuen Regierung hat als einziger Minister der bisherige Abgeordnete Ulrich (Offenbach) übernommen. Ihm unterstellt sind als Ministerialdirektoren der bisherige Abgeordnete Neumann (Offenbach) für die Ernährung und Abgeordneter Raab für Sozialwirtschaft und das Landesarbeitsamt. Wegen der übrigen Abteilungen schweben noch Verhandlungen.

Berlin, 12. Novbr. (Z. U.) Bei der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Potsdam ist das Neue Palais seinem Schutze unterstellt worden. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und auch andere Prinzessinnen mit ihren Kindern befinden sich dort in voller Sicherheit. Die Kaiserin hat einen Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bisherigen Schutz ausgesprochen und sich dem weiteren Schutz des Soldatenrates anvertraut. Die Gerüchte, wonach die Kronprinzessin von Zwillingen entführt worden sei und die Kaiserin sich in Holland befinden, sind falsch. Der älteste Sohn des Kronprinzen ist von Fliegeroffizieren im Auto in Sicherheit gebracht worden.

Berlin, 12. Novbr. (Z. U.) Bis in die ersten Nachmittagsstunden herrschte gestern in Berlin Ruhe. Später änderte sich aber das friedliche Bild. An verschiedenen Punkten der Stadt fluteten plötzlich große Menschenmengen fluchtartig durch die Straßen. Gleichzeitig vernahm man das Knattern der Maschinengewehre und Gewehrscüsse. Es war ganz unerwartet zu Feuergefechten auf Grund meist falscher Gerüchte gekommen. In der 10 Stunde waren die Straßen gemäß der erlassenen Verordnung fast menschenleer. Die Brennpunkte früherer Kämpfe waren von starken Posten besetzt. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß die Befragung über die Räumung der Straßen um 9 Uhr abends bis auf weiteres aufrecht erhalten bleiben wird. Die Groß-Berliner Straßenbahn hat entsprechend dieser Verfügung abends um 9 Uhr

die letzten Züge zu den Depots einberufen. Die Berliner Theater, Kinos und Vergnügungsorte blieben gestern in Berlin geschlossen.

Berlin, 12. Novbr. (Z. U.) Der Berner Korrespondent des „Vorwärts“ hört vertraulich, daß die Vorgänge in Deutschland auf englischer und amerikanischer Seite tiefen Eindruck gemacht haben und eine Rückwirkung in England und Amerika bestätigt wird. In der Schweiz hält die beunruhigende Stimmung über die bolschewistischen Tendenzen im Lande weiter an. Die ententistische Schweizer Presse äußert Besorgnisse wegen der Wahrscheinlichkeit des Übergreifens der Bewegung nach Italien und Frankreich.

Haag, 12. November. Das Haager „Vaterland“ meldet von der deutschen Grenze: Das Gerücht, daß der deutsche Kronprinz erschossen ist, wird durch einen zweiten von der Grenze kommenden Bericht bestätigt. Als der Kronprinz am Sonntag abend die niederländische Grenze überschreiten wollte, wurde er durch einen deutschen Posten zurückgehalten. Er erklärte sich auch bereit, zurückzukehren. Als er am Montag morgen wieder versuchte, die Grenze zu überschreiten, entstand ein Gefecht, in dem der Kronprinz fiel.

Kaiser Wilhelm interniert in Holland.

Amsterdam, 12. Novbr. (B. B.) Wie die Blätter berichten, ist der kaiserliche Hofzug um 9.45 Uhr vormittags in Raastrecht angekommen. Der Bahnsteig war vollkommen abgesperrt. Vor dem Bahnhof hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt. Auf dem Bahnhof befanden sich der Bürgermeister und andere amtliche Personen sowie der deutsche Konsul. Unter dem Publikum, unter dem viele Belgier waren, kam es zu feindlichen Kundgebungen. Der Kaiser war von General v. Falkenhayn und anderen hohen Offizieren, Gefolge und Dienerschaft begleitet. Ein zweiter Zug mit weiterem Gefolge und den Automobilen folgte etwas später. Der kaiserliche Hofzug kam um 3.15 Uhr nachmittags in Maarn an, wo der Kaiser von seinem Gastherrn, Grafen Gobard Albenberg-Beutaud, erwartet wurde. Außerdem waren der Generalmajor Duzen, der Kommissar der Königin der Provinz Utrecht und andere amtliche Personen anwesend. Von Maarn setzte der Kaiser die Fahrt nach dem Bentinckischen Schloßje Huize Amerongen im Automobil fort. Nach dem Proklama das Diaz sind die Bedingungen, unter denen sich der Kaiser in Maarn aufhalten wird, ungefähr dieselben wie für die Internierten. Obwohl die Bedingungen aus Höflichkeit für die Person des Kaisers nicht veröffentlicht würden, könne man tatsächlich von seiner Internierung in Holland sprechen.

Ergänzung der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 12. Nov. (B. B.) In dem vollständigen Text der Waffenstillstandsbedingungen heißt es über die Räumung des linken Rheinufer durch die deutschen Armeen wie folgt:

Das linke Rheinufer wird durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besetzungstruppen der Verbündeten und Vereinigten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden die Besetzung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge (Mainz Koblenz, Köln), inbegriffen je einen Brückenkopf von 30 Kilometer Durchmesser auf dem rechten Ufer und außerdem die strategischen Punkte des Gebietes besetzen. Sie verläuft zwischen dem Fluß und einer östlich dieses Flusses gezogenen Linie. Die Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernsheim 40 Kilometer, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 Kilometer östlich des Flusses. Die Räumung dieser rheinischen Gebiete (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren 11 Tagen durchgeführt ist, also im ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Artikel 16 lautet: Die Verbündeten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ostgrenzen geräumten Gebieten sowohl über Danzig wie auch über

die Weichsel haben, um die Bevölkerung dieser Gebiete versorgen zu können, oder auch für jeden anderen Zweck. Der Brückenkopf Mainz mit einem Radius von 30 Kilometer auf dem rechten Rheinufer wird die westliche Hälfte Frankfurts noch einschließen.

Kaiser Karls Verzicht.

Wien, 11. Novbr. Der Kaiser erließ folgende Rundgebung:

Seit meiner Thronbesteigung war ich unablässig bemüht, meine Völker aus den Schrecken des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen, staatlichen Entwicklung eröffnet. Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich ihrer freien Entfaltung meine Person nicht als Hindernis in den Weg stellen. Im Voraus erkenne ich die Entscheidung an, die Deutsch-Oesterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig enthebe ich meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutsch-Oesterreich in Eintracht und Verbündetheit die geschaffene Neuordnung befestigen. Das Glück meiner Völker war von Anfang an das Ziel meiner heftigsten Wünsche. Nur der innere Frieden kann die Wunden dieses Krieges heilen.
Karl m. p. Jammalfch.

Die Republik Deutsch-Oesterreich.

Wien, 11. Novbr. Der Staatsrat nahm einen Gesetzentwurf an, worin Deutsch-Oesterreich als Republik und Bestandteil der deutschen Republik erklärt wird.

Die französischen Sozialisten gegen die Regierung.

Genf, 11. Novbr. (G. P.) Der Schweizerische Presse-telegraph meldet: Trotz der eifrigen Maßnahmen der französischen Regierung, über die Bewegung im Innern des Landes in den letzten Tagen möglichst wenig bekannt werden zu lassen, läßt sich die Tatsache nicht länger verschweigen, daß auch in Frankreich seit zwei Tagen eine Arbeiter- und Volksbewegung ausgebrochen ist, die sich ziemlich rasch entwickelt. In Paris fanden große Versammlungen und Umzüge statt. Die soziale Sektion St. Louis hielt eine große Versammlung ab, in der Marcel Cachin, Longuet und Meyers gegen die Regierung auftraten. Cachin warf Clemenceau vor, er suche den Völkern zu verzeihen. In Paris fanden in der Rue de l'Hopital, Rue Lecourbe und auf dem Boulevard-Hopital Kundgebungen statt. Am Sonntag früh demonstrierte eine Arbeiterversammlung der 18. Region für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Die Bewegung ist überall in Frankreich im Aufschwung. In Paris kursiert das Gerücht von der Bildung von Soldatenräten an der Front, die mit den deutschen Soldatenräten in Verbindung getreten seien. Marcel Cachin fordert Clemenceau auf, alle verhafteten Arbeiterführer und namentlich Cailhau freizulassen. Die Regierung trifft Maßnahmen gegen die Ausschreitungen der Arbeiter.

Pressestimmen über den Waffenstillstand

Berlin, 11. Novbr. (Z.) Der „Vorwärts“ nennt die Waffenstillstandsbedingungen der Exzente fürchtbar, meint aber, es bleibe nach dem vollständigen Zusammenbruch des alten Systems nichts übrig, als sie anzunehmen.

„Um sie zu erfüllen,“ so fährt er fort, — „denn Verträge müssen gehalten werden — muß Rat geschaffen werden. Das geht nur, wenn wir eine geordnete Regierung haben. Der Waffenstillstand ist noch nicht der Friede. Aufgabe der neuen Regierung wird es sein, einen raschen und möglichst guten Frieden zu schließen. Sie rechnet dabei auf die Hilfe aller Freunde des Friedens und der Freiheit in der ganzen Welt, damit aus diesem Chaos ein Friede des Volkstums und der internationalen Brüderlichkeit entstehen kann.“

Die übrigen Blätter der Linken geben die Bedingungen ohne jede Äußerung wieder. In der Presse der Rechten wird dagegen verschiedentlich versucht, die Verantwortung für die Annahme der Bedingungen und die daraus

hervorgehenden Forderungen der jetzigen Regierung zuzuschreiben. Die „Post“ verlangt angesichts der furchtbaren Forderungen der Entente nach einem „rettenden Wort“ der Regierung. In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es:

„Wir wünschen und ersehnen den Frieden so dringend wie nur irgend jemand im deutschen Volke. Unsere gesamten Zustände schreien heute nach Frieden. Aber wird nicht schon durch solche Waffenstillstandsbedingungen das Elend des Krieges nur grauenerregend vermehrt? In der furchtbarsten Lage, der wir jemals gegenüberstanden, kann und muß das deutsche Volk von der Regierung volle Klarheit darüber verlangen, was sie zu tun, und wie sie den schwersten Katastrophen vorzubeugen, und wie sie die Verantwortung für ihre Entschlüsse zu tragen gedenkt, wenn sie sich nur auf einen Teil und auf eine offensichtliche Minderheit des Volkes in einer Zeit stützt, die die erste Zusammenfassung aller Volksträfte gebieterischer fordern sollte, als irgend eine Institution im bisherigen Leben des deutschen Volkes.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ verlangt ferner nach einem klaren Programm der Regierung über die Sicherheit des Eigentums, über die Freiheit der Meinungsäußerung.

„Mit vollem Recht“, so schreibt das Blatt, „hat die Scheidemannpartei am Samstag die Diktatur eines Teiles einer Klasse“ abgelehnt und verlangt, daß die Mehrheit des ganzen Volkes über die künftige Verfassung entscheiden muß. Wie steht es damit nach der Einigung der beiden sozialdemokratischen Richtungen?“

Überaus beunruhigend mußte es wirken, daß die Beratung der Nationalversammlung, die uns allein wieder zu allgemein als normal anerkannten und empfundenen Zuständen führen könne, vertagt werden soll.

Deutschland.

Berlin, 12. November.

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich geeinigt, in der nächsten Reichstagsitzung folgenden Initiativantrag einzubringen: „Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit zur Volksvertretung geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt, oder in ein anderes eintritt.“ Dieser Antrag bedeutet also, daß das gleiche Wahlrecht einschließlich des Frauenwahlrechts auf dem Wege der Reichsgefeßgebung in allen Bundesstaaten eingeführt wird. Damit ist auch die preussische Verfassungsreform zum Abschluß gebracht.

Strasbourg i. E., 11. Novbr. (A.) Die „Straßburger Post“ veröffentlicht folgenden Aufruf: „Bürger von Strasbourg! Der elend lothringische Landtag tritt Dienstag zusammen! Er wird sich mit allen Fragen sofort befassen, welche die Lebensinteressen des Landes in dieser Zeit des Abgangs berühren. Wir ersuchen daher unsere Wähler unter allen Umständen auf Ruhe und Ordnung bedacht zu sein. Unbekannten Elementen, die zu Ruhestörungen ansetzen, schenkt kein Gehör. Eure Vertreter im Landtage betrachten es als ihre erste Aufgabe, dazu beizutragen, daß die ganze politische Ummwälzung, vor der unser Land steht, sich ohne schwere Erschütterung vollzieht. Bei dieser schweren Aufgabe uns mitzuhelfen, ist auch eure Pflicht. Bewahrt auch im jetzigen Augenblick die Ruhe und Besonnenheit, die Euch in diesen vier Kriegsjahren ausgezeichnet haben.“

Landtagsabgeordnete der Stadt Strasbourg.

Infolge der zurzeit herrschenden Papierknappheit u. der Transportschwierigkeiten sind wir gezwungen, bis auf weiteres **Wittwochs nur ein halbes Blatt** herauszugeben.

Weilburger Tageblatt.
Weilburger Anzeiger.

Kolates.

Weilburg, 13. November.

er. Wir machen unsere Leser ganz besonders auf die Bekanntmachungen des Arbeiterrates in der heutigen Nummer unseres Blattes aufmerksam.

2. Laut Verfügung des Arbeiterrates ist die Vergünstigung beim Bezuge von Beleuchtungsmittel für Lehrer und Pfarrer aufgehoben. Der Arbeiterrat tritt den Standpunkt, daß, wenn Arbeiter und Landwirte, die morgens um 4 Uhr zur Arbeit gehen müssen, keine Vergünstigung bewilligt wird, auch die ersten Bezeugungen vollständig hinfällig sind.

3. Unter dem aus 128 Tieren bestehenden Schafbestande der Gemeinde Selters sowie unter dem aus 500 Tieren bestehenden Schafbestande der Gemeinde Weinbach ist die Schafzähle amtlich festgestellt worden.

4. Keine Annulierung der Kriegsanleihen. Amtlich wird gemeldet: In der Provinz wird das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Absicht habe, die Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das Bestimmteste zu dementieren.

5. Die beiden Hauptgewinne der Preussischen Klassenlotterie sind bereits gezogen: sie fielen mit je 500 000 Mark auf die Nummer 144 234.

Letzte Nachrichten.

Die Erschießung des Kronprinzen unbegründet.

Haag, 12. Novbr., 9 Uhr vorm. „Baderland“ berichtet, daß das gestern bereits aufgetauchte Gerücht, daß der deutsche Kronprinz durch deutsche Soldaten an der holländischen Grenze erschossen wurde, sich nicht bestätigt.

Berlin, 12. Novbr. (B. M.) Die Meldung, daß der frühere Kronprinz sich mit dem Kaiser nach Holland begeben hat, ist, wie wir erfahren, nicht richtig. Der frühere Kronprinz befindet sich bei den Truppen an der Front.

Haag, 13. Nov. Die deutsche Regierung hat folgende Note an Staatssekretär Lansing gerichtet:

Da der Waffenstillstand jetzt abgeschlossen ist, ersucht die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten Maßnahmen zu treffen für die Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Um dies zu beschleunigen, schlägt sie vor, an erster Stelle einen vorläufigen Frieden zu bewerkstelligen, und ersucht um Mitteilung von Ort und Zeit, wo die Verhandlungen beginnen können. Da eine dringende Gefahr der Hungersnot besteht, strebt die deutsche Regierung besonders danach, die Verhandlungen sofort zu beginnen.

Washington, 12. Novbr. In einer Ansprache auf dem Kongreß sagte Wilson: Die Alliierten beschäftigen die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen und sofort eine Unterstützung ebenso wie früher für Belgien ins Leben zu rufen.

Todes-Anzeige.

Gestern mittag entschlief sanft nach kurzer aber schwerer Krankheit unser innigstgeliebte Tochter und Enkelchen

Paula Saam

im Alter von 6 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:
die trauernden Hinterbliebenen:

Richard Saam.

Pauline Saam, geb. Rücker
nebst Kinder.

Kirschhofen, den 13. November 1918.

Die Beerdigung findet Freitag, den 15. Novbr., nachmittags 3 Uhr, statt.

Evangelische Kirche Donnerstag, 14. November, abends 8 Uhr, Bibelstunde in der Sakristei durch Pfarrer Böhm. Lied: Nr. 258.

Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die Ernährung unseres deutschen Volkes ist auf das Schreckliche bedroht

Der Unterzeichnete Arbeiter- und Soldatenrat in Verbindung mit dem in der heutigen Versammlung der Herrn Bürgermeister des Oberlahnkreises, die durch Herrn Geheimrat Berg einberufen worden war, einstimmig gewählten Delegierten der Landwirtschaft Herrn Bürgermeister Neu in Selters werden bemüht sein, mit allen möglichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe voll gewährleistet wird. Es muß aber auch von der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung voll und ganz erwartet werden, daß alle landwirtschaftlichen Produkte, die der Volksernährung dienen, restlos zur Ablieferung kommen, so weit diese dem eignen Haushalte zur Ernährung nicht zureichen. Im Schleichhandel darf unter allen Umständen keine Nahrungsmittel mehr veräußert werden. Um diesem unheilvollen Schleichhandel zu begegnen und bei der Erfassung der Lebensmittel mitzuwirken wird angeordnet, daß in den Städten und in den Gemeinden unseres Kreises Ortsausschüsse in öffentlicher Gemeindeversammlung gewählt werden. Die Ausschüsse sollen in kleinen Orten mindestens aus 3 Personen bestehen, in größeren Orten bleibt die Zahl der Mitglieder der Gemeindeversammlung anheim gestellt.

Die Herren Bürgermeister des Oberlahnkreises werden ersucht, die Wahl dieser Ausschüsse sofort in die Wege zu leiten und uns die Namen der gewählten Personen anzeigen zu wollen.

Die Ausschüsse müssen sämtlich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen.

Weilburg, den 11. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

S o i n.

Auf Befehl des Arbeiter- und Soldatenrates haben alle Jugendlichen unter 18 Jahren um 5 Uhr abends die Straße zu verlassen. Es werden militärische Patrouillen gehen, die für die Ausführungen des Befehls Sorge tragen. Zuwiderhandelnde werden festgenommen und streng bestraft.

Diejenigen jugendlichen Arbeiter, die durch ihre Arbeit gezwungen sind nach 5 Uhr die Straße zu betreten, haben sich sofort mit einem Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrates oder der Polizeibehörde zu versehen.

Weilburg, den 11. November 1918.

Für den Arbeiterrat:

S o i n.

Für den Soldatenrat:

J. A. Feldmann.

An Stadt- und Landgemeinden des Kreises.

Infolge von Knappheit in Petroleum und Karbid wird die Vergünstigung der Pfarrer und Lehrer aufgehoben und dieselben der übrigen Bevölkerung gleichgestellt, da die Bevorzugung derselben unbegründet ist.

Für die Bürgermeistereien bleibt Vergünstigung bestehen.

Weilburg, den 12. November 1918.

Der Arbeiterrat: S o i n.

Bekanntmachung der Kreisammelleitung.

Ich ersuche die Herren Ortsammelleiter, die gesammelten Altmaterialien Samstag, den 23. ds. Mts., bei den nachstehenden Ortsverkaufsstellen des Kreises abzuliefern:

Kaufmann C. Götz, Weilburg,
Lehrer Schmidt, Aumenau,
Lehrer Müller, Runkel,
Lehrer Hilger, Wengerskirchen,
Hauptlehrer Beyer, Weilmünster.

Weilburg, den 12. November 1918.

J. Nr. 1149.

Scheerer, Kreisammelleiter.

Fürsorgestelle

für Kriegshinterbliebene.

Beim Kreisamt des Oberlahnkreises ist eine Fürsorgestelle für Witwen, Waisen und sonstige bedürftige Hinterbliebenen von gefallenen Kriegern eingerichtet worden.

Sprechstunden: Donnerstag u. Samstags vormittags von 9-12 Uhr im Kreisamt 2, 2. Stock, Zimmer 1.

Tüchtige Arbeiterinnen

sucht für sofort

Gewerkschaft Honigborn.

Zu Weihnachten

tüchtiges Mädchen

für Wirtschaft u. Bäckerei gef. Näh. i. d. Geschäftsst. u. 1965.

Tüchtiges Mädchen

gesucht.

Frau Glöckner, Rauerstr.

Wer verkauft

sein Haus, auch mit Bäckerei, Konditorei, Metzgerei, Wirtschaft od. sonst. Geschäft hier oder Umgegend. Selbstverkäufer schreibt an den Verlag des „Verkaufs-Markts“, Frankfurt a. M., Habburgerallee 28.

1 Tisch mit 2 Schubladen
2 Küchenstühle,
1 Anrichte

zu verkaufen.

Wer, sagt d. Geschäftsst. u. 1968.

1 zweifachklappige Bettstelle mit Matratze,
2 eint. Kleiderschränke,
1 Nähmaschine,
1 Kinderstühlchen

zu verkaufen.

Zu erf. i. d. Geschäftsst. u. 1970.

Eine fast neue

Waschmangel

1 Zentrifuge

zu verkaufen.

Zu erf. i. d. Geschäftsst. u. 1971.

1 Klappstuhl

1 Kleiderständer

gut erhalten, fast wie neu zu verkaufen. Wo sagt die Geschäftsstelle u. Nr. 1969.

Stühle

in solider Ausführung von 16 Mark an vorrätig.

A. Thilo Nachf.
Jah. A. Dittert.

Zur Schweinezucht

empfehle:

Landmannsfreude

„Original“,

1000fach erprobt, vorzüglich zur Mast und ein vorzügliches Stärkungsmittel, verhindert bei Schweinen den Rotlauf und schützt gegen Bräune und Husten. Steigert bei Ziegen, Pferde und Kühen die Fruchtbarkeit. Patente 1.35 und 2.50 Mark.

Jucksin

ideales Mittel zum sofortigen Fertigen von Bundeslösen. Paket 1.20 und 1.80 Mk.

1. Weilburger Consumhaus
A. Brehm.

Klappstuhl

(Biegestühle)

in verschied. Ausführungen und Preislagen angetroffen.

Pfeiler Spiegel

und kleinere Spiegel wieder vorrätig.

A. Thilo Nachfolger.
Jah. A. Dittert.

Leiterwagen

in allen Größen vorrätig.

A. Thilo Nachf.